

DRINGLICHES POSTULAT

Urheber UDC, durch Charles Clerc und Jérôme Desmeules (Suppl.)
Gegenstand Bagnes: Expertenbericht und Folgemaassnahmen
Datum 06.09.2016
Nummer 5.0231

Aktualität des Ereignisses

Kaum veröffentlicht wirft der Bericht «Rouiller» bereits zahlreiche Fragen auf.

Unvorhersehbarkeit

Sowohl das Veröffentlichungsdatum als auch der Inhalt des Berichts waren völlig unvorhersehbar.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Nicht nur für die sofortige Sicherstellung der Rechtssicherheit in der Gemeinde Bagnes, sondern auch für die Wahrung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieser sowie sämtlicher anderer Walliser Gemeinden ist es unabdingbar, dass der Staatsrat – angesichts des Einkommensausfalls für den interkommunalen Finanzausgleich – verlangt, die kurz vor der Verjährung stehenden Dossiers unverzüglich prüfen zu können. Illegale Bauten wurden erstellt und die Sanktionen könnten bald durch die Verjährung verunmöglicht werden.

Die UDCvr-Fraktion hat von den Schlussfolgerungen des Expertenberichts über die illegalen Praktiken der Gemeinde Bagnes in Sachen Baupolizei Kenntnis genommen.

In diesem Bericht werden schwere Anschuldigungen gegen den Staatsrat erhoben.

Er soll seine Aufsichtspflicht verletzt und angesichts der Unvereinbarkeit zwischen dem kommunalen Bau- und Zonenreglement (KBZR) und dem kantonalen Baugesetz beide Augen zugedrückt haben.

Noch erstaunlicher ist, dass man uns glauben machen will, dass alle Beteiligten nur das Gemeinwohl im Sinn hatten.

Das System konnte nur so lange auf diese Art und Weise funktionieren, weil es nicht nur zahlreichen Unternehmern, sondern auch Politikern zugutekam. Das Problem besteht darin, dass nur die Eingeweihten von diesem System profitierten. Die anderen gingen leer aus.

Wie kann man also behaupten, dass es sich nicht um ein echtes System handelte, das den einen auf Kosten der anderen saftige Einnahmen bescherte?

Wurden sämtliche Bussen verhängt? Wie kann man nur von öffentlichem Interesse sprechen, wenn dies nicht der Fall ist? Wer muss am Schluss die Zeche bezahlen? Natürlich der Steuerzahler!

Und wie steht es mit den umstrittenen Bauten? Wird man das Gesetz anwenden? Wird man sich Millionen durch die Lappen gehen lassen, während man den einfachen Bürger für das kleinste Gartenhaus schikaniert? Wird der Staat alle Bürgerinnen und Bürger gleich behandeln oder wird er einmal mehr die Interessen gewisser Auserwählter über das Gesetz stellen, das für die Normalsterblichen Anwendung findet?

War der Experte wirklich unparteiisch? Wir erfahren heute, dass die Tochter eines beschuldigten Politikers von Bagnes in derselben Anwaltskanzlei wie dieser Experte arbeitet. Diese Tatsache ist zwar nicht entscheidend. Sie trägt allerdings zumindest dazu bei, die

Glaubwürdigkeit des Berichts in Zweifel zu ziehen – ein Bericht, der uns in gewissen Punkten sehr gefällig erscheint.

Werden wir eine Zwei-Klassen-Rechtsanwendung tolerieren?

Werden wir es dulden, dass die Gemeinde Bagnes geschuldete Bussen nicht verhängt, die logischerweise über den interkommunalen Finanzausgleich sämtlichen Walliser Gemeinden zugutekommen sollten, insbesondere angesichts der Tatsache, dass es sich um zweistellige Millionenbeträge handelt?

Zusammenfassend:

- Man unterbreitet uns den Bericht eines Experten, dessen Unparteilichkeit angezweifelt wird.
- Dieser Experte erhebt schwere Anschuldigungen gegen den Staatsrat und wäscht sozusagen die Gemeinde rein, obwohl sich die eigentlichen Schuldigen dort befinden. Der Staatsrat ist lediglich für die Aufsicht zuständig, die Gemeinde aber ist für den Vollzug verantwortlich.
- Der Gemeinderat von Bagnes muss Entscheide fällen, die Herstellung der Gesetzeskonformität der umstrittenen Objekte verlangen, Bussen verhängen und über den Fall des zu Unrecht entlassenen Whistleblowers befinden. Dieser Gemeinderat war allerdings bislang unfähig, unabhängig von den Geschäftemachern aller Art zu handeln.
- Angesichts der Auswirkungen auf den Finanzausgleich wird das öffentliche Interesse des gesamten Walliser Gemeinwesens geschädigt. Der Staat muss daher sofort handeln, um jegliche Verjährung zu verhindern.

Schlussfolgerung

Mit diesem Postulat fordert die UDCvr-Fraktion, dass:

- eine Gegenexpertise durch einen wirklich neutralen und unabhängigen Experten durchgeführt wird;
- sämtliche umstrittenen Fakten vom Staatsrat und vom Experten bei der Staatsanwaltschaft angezeigt werden;
- die Herstellung der Gesetzeskonformität der illegalen Objekte innert kürzester Frist von der zuständigen Behörde verlangt wird;
- die entsprechenden Bussen innert kürzester Frist verhängt werden, um die Verjährung zu verhindern;
- die Katastertaxen für die umstrittenen Objekte aktualisiert werden;
- der Staatsrat nötigenfalls die Entscheide fällt, welche die Gemeinde ganz offensichtlich nicht imstande ist, selbst zu fällen.